

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fahrpreiserhöhungen für BVG und S-Bahn ablehnen – Nachhaltiges Entschuldungs- und Finanzierungskonzept für BVG vereinbaren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die angekündigten Fahrpreiserhöhungen für BVG und S-Bahn abzulehnen.
2. Der Senat soll mit der BVG im Rahmen der laufenden Verhandlungen für den neuen Verkehrsvertrag ein nachhaltiges Entschuldungs- und Finanzierungskonzept vereinbaren, das mindestens die folgenden Punkte beinhaltet:
 - „Altlastenvereinbarung“: Das Land Berlin übernimmt die Verantwortung für die Entscheidungen zur Gehaltsstruktur bei der BVG und übernimmt einen Teil der diesbezüglichen Kosten.
 - Fahrgastzahlensteigerung: Steigende Fahrgastzahlen werden konsequent durch Ergänzung etwa des Ticketangebotes forciert, um durch Mehreinnahmen die Einnahmesituation der BVG zu verbessern.
 - Technische Effizienzsteigerungen: Durch die konsequente Bestellung von Neufahrzeugen mit geringem Energie- und Kraftstoffverbrauch sowie eventuell mögliche Nachbesserungen am Bestandsfuhrpark werden die Kosten für Energie reduziert.
 - Umsetzung eines integrierten Beschleunigungskonzepts der Metro- und Expresslinien der BVG (Bus und Straßenbahn), um die Nachfrage zu erhöhen und die Wirtschaftlichkeit der BVG zu verbessern.
 - Es wird ein Konzept für alle wenig genutzten Netzteile entwickelt und konsequent zur Umsetzung gebracht, um sowohl ökologisch als auch finanziell effizienter ein gutes und

verlässliches Angebot auch in dünn besiedelten Gegenden und in Randzeiten anbieten zu können.

- Mit der BVG werden Zielzahlen für das Objektmanagement vereinbart. Im Personalmanagement wird an Effizienzsteigerungen durch Weiterführung der betriebsinternen Umstrukturierungen festgehalten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2013 zu berichten.

Begründung:

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) plant die nächste Preiserhöhung, obwohl erst im August 2012 die Preise für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg im Durchschnitt um 2,8 % erhöht wurden. Diesmal soll beispielsweise der Einzelfahrschein sogar um 20 Cent auf 2,60 Euro erhöht werden. Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Planung ab und fordern den Senat auf, diesem Ansinnen ebenfalls nicht zuzustimmen.

Angesicht der dauerhaften Minderleistung der S-Bahn ist eine erneute Erhöhung der Preise in Berlin nicht zu rechtfertigen. Es ist nicht einzusehen, warum das Land Berlin als Besteller S-Bahn-Gelder kürzt und einbehält, zugleich aber zustimmt, dass die Nutzerinnen und Nutzer für die gleiche Leistung des ÖPNV mehr Geld bezahlen sollen.

Es ist außerdem zu befürchten, dass mit der Erhöhung für viele Berlinerinnen und Berliner eine Schwelle erreicht wird, die die Nutzung des ÖPNV unattraktiv erscheinen lässt. Für einen steigenden Anteil von Berlinerinnen und Berlinern ist ein zu hoher Fahrpreis auch ein Grund, die ÖPNV-Angebote nicht mehr zu nutzen bzw. nicht mehr nutzen zu können. Das ist gerade unter dem Punkt der sozialen Gerechtigkeit nicht der richtige Weg. Mit einem solchen Vorgehen wird vor allem aber das offizielle Ziel des Senates, den Anteil des ÖPNV auszubauen, konterkariert und damit auch der Wirtschaftlichkeit der BVG geschadet. Statt durch eine erneute Preiserhöhung die Kundinnen und Kunden dauerhaft zu verprellen, sollte der Senat mit der BVG ein Bündel von Maßnahmen umsetzen, um eine zügige Entschuldung der BVG voranzutreiben.

Die Verschuldung der BVG ist dabei auch auf politische Entscheidungen des Landes Berlin zurückzuführen. Das Land Berlin hat seine Verantwortung für die Entscheidungen in Bezug etwa auf die Gehaltsstruktur beim landeseigenen Unternehmen BVG zu übernehmen. Die dadurch bewirkte Verschuldung muss das Land Berlin zumindest anteilig tragen.

Die Steigerungen der Fahrgastzahlen der letzten Jahre sind vor allem ein Resultat interessanter neuer bzw. zeitlich begrenzter Angebote. Die Einführung des Seniorenabos, die Entschädigungsmonate für die S-Bahn und die Einführung der Vier-Fahrten-Karte haben gezeigt, dass man mit attraktiven Angeboten die Fahrgastzahlen und damit dauerhaft die Einnahmen erhöhen kann. Daher ist ein weiterer Ausbau solcher Angebote notwendig und sinnvoll.

Als wesentliches Argument für die erneute Fahrpreiserhöhung dienen die gestiegenen Energiepreise, obwohl die Stromkosten an der Börse in letzter Zeit gesunken sind. Um dauer-

haft die Energiekosten zu senken, sollte die BVG bei der Neubeschaffung den Energieverbrauch der Busse und Straßenbahnen besonders berücksichtigen.

Für die Außenbereiche und Randzeiten wird ein Rufbus-Konzept erarbeitet und umgesetzt, das den Zielvorgaben Fahrgastfreundlichkeit, energetische Effizienz und Kosteneffizienz genügt.

Durch die Beschleunigung von Bussen und Straßenbahnen könnten mit den frei werdenden Fahrzeugen Taktzeiten verdichtet und durch die damit steigende Kundenzufriedenheit die Fahrgastzahlen signifikant erhöht werden. Die dadurch generierten zusätzlichen Einnahmen verbessern dauerhaft die Wirtschaftlichkeit der BVG.

Berlin, den 12. März 2013

Pop Kapek Gelbhaar
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen